

# Stahlgewitter - Amerika agiert wenig konsequent, aber die globale Empörung über neue Zölle ist unangebracht

von

Heiner Flassbeck

FTD, 20.3.2002

War das ein Aufschrei! Die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, die sog. safeguard-Klausel des WTO Vertrages in Sachen Stahlimporte zu ziehen, ist weltweit auf einhellige Ablehnung gestoßen. Nun verrate die amerikanische Regierung die von ihr selbst hoch gehaltenen Prinzipien des Freihandels und werde unglaubwürdig, was die Doha-Runde angeht, so die mildeste Kritik. Der Schutz der amerikanischen Stahlproduzenten sei kontraproduktiv, weil er, wie üblich in solchen Fällen, für eine ineffiziente Industrie nur das Sterben verlängere.

Die meisten derjenigen aber, die mit dem Finger auf Amerika zeigten, haben nicht gemerkt, daß drei Finger auf sie zurückzeigten. Das gilt in besonderem Maße für Europa, wo man in Sachen globale Verantwortung und beim Freihandel seine Schulaufgaben machen sollte, bevor man andere anklagt. Ungewöhnlich für solche Fälle, aber in der Sache korrekt, hat inzwischen die amerikanische Regierung ihren Protektionismus mit dem gewaltigen Leistungsbilanzdefizit des Landes und der Rolle der USA als weltwirtschaftliche Lokomotive sowie mit dem starken Dollar in Verbindung gebracht. Das war absehbar: Die USA haben die Überschwemmung mit fremden Produkten hingenommen, solange die eigene Konjunktur boomte, mit der Rezession mußte entweder eine Korrektur des Dollarkurses einhergehen oder Protektionismus war unvermeidbar.

Gemessen an einer fundamentalen Korrektur des Wechselkurses von Euro zu Dollar sind die Europäer noch gut weggekommen. Hätte sich der Euro auf den Wert zurückbewegt, mit dem er Anfang 1999 gestartet war, wäre die gesamte europäische Industrie in die Knie gegangen. Der Hauptgewinner der letzten Jahre etwa, die Automobilindustrie, bleibt ungeschoren. Warum schreit da niemand auf? Womit ist zu rechtfertigen, daß deutsche Luxuskarossen auf dem amerikanischen Markt um rund 30 % billiger angeboten werden können? Ist die amerikanische Stahlindustrie so ineffizient und die europäische so effizient, wie üblicherweise behauptet, wenn der Euro bei 1,17 pro US-Dollar liegt statt bei 0,87?

Die Handelspolitik betrachtet nur die Gütermärkte, wird auf solche Einwürfe in der Regel geantwortet. Das genau ist das Problem. Die in der Handelspolitik übliche Trennung von realen und finanziellen Vorgängen führt immer wieder zu falschen Urteilen hinsichtlich protektionistischer Maßnahmen. So wird gerade Korea wegen angeblichen Dumpings im Schiffbau von der Bundesregierung und der EU vor den Genfer Kadi gezerrt. Doch auch hier ist die Handelspolitik nicht zuständig. Korea hat im Gefolge der Asienkrise, gedrängt vom IWF und den großen Industrieländern, eine massive Abwertung seiner Währung zugelassen. Diese erlaubte es den koreanischen Schiffbauern, die ohnehin gut im Geschäft waren, ihre Produkte noch günstiger anzubieten. Warum sollte es sich dabei um Dumping handeln, es war doch gerade der Sinn der Abwertung, die koreanische Wirtschaft zu fördern? Und was ist vernünftig daran, daß eines der Länder, die für die Abwertung verantwortlich zeichnen, hinterher die

Folgen dieser Abwertung für seine eigene Wirtschaft nicht zu tragen bereit ist und mit dem Verweis auf die Regeln der Handelspolitik wieder aus der Welt schaffen will?

Es gibt einen fundamentalen Widerspruch zwischen den Regeln der Welthandelsorganisation, die für eine Welt ohne monetäre Störungen gemacht sind, und der Wirklichkeit, in der monetäre Störungen die Regel sind. Die amerikanische Regierung hat dies mit ihrem Griff in die protektionistische Mottenkiste und mit dem Verweis auf das Leistungsbilanzdefizit als Begründung deutlich gemacht. Sie verstrickt sich allerdings in Widersprüche, weil sie bisher nicht bereit war, mit politischer Konsequenz über die massiven monetären Störungen in der Welt zu reden. Wenn in der Vergangenheit Japan unter einem zu hohen Yen stöhnte, die Europäer Abwertung als Ersatz für Wirtschaftspolitik benutzten oder asiatische Währungen aus dem Ruder liefen, dann war es gerade Washington, das auf die Vernunft des Marktes verwies und jede Intervention am Devisenmarkt ablehnte.

Nun stößt das Paradigma an Grenzen: Einerseits ist die Handelspolitik in der Breite kein effizientes Instrument gegen die Aufwertung des US-\$, andererseits muss man der Importflut entgegentreten. Noch kann man es bei Nadelstichen belassen. Zum Schwur kommt es aber auf jeden Fall. Bleibt der Dollar hoch und die ganze Welt auf den amerikanischen Absatzmarkt fixiert, wird man sich entscheiden müssen zwischen einem protektionistischen Schutzwall und der Intervention am Devisenmarkt. Da letzteres viel einfacher ist und keine internationalen Sanktionen nach sich zieht, ist die Wahl einfach. Zu hoffen ist nur, daß bei der Gelegenheit Lehren gezogen werden für die Schaffung eines neuen Weltwährungssystems, das mit dem globalen Handelssystem vereinbar ist.